

Titel der Drucksache:

Landesseniorenbericht kommunal umsetzen

Drucksache

1618/14

**Ausschuss für
 Soziales,
 Arbeitsmarkt und
 Gleichstellung**

Entscheidungsvorlage
 öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung	17.09.2014	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung der Stadt Erfurt umfassend über den genannten Seniorenbericht der Landesregierung zu unterrichten und ihn zum Gegenstand einer fachlichen Diskussion im Ausschuss zu machen;
2. bei dieser Gelegenheit dem Fachausschuss einen Maßnahmenplan mit konkreten Untersetzungen zur Umsetzung des Berichts zu unterbreiten, wobei die Entwicklung der alternativen Wohnformen für Senioren in der Stadt Erfurt besondere Beachtung finden soll.

29.08.2014, gez. i. A. Grünschneder

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2014	2015	2016	2017
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Die Thüringer Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Heike Taubert (SPD), hat nach Medienberichten in Erfurt den ersten Seniorenbericht der Landesregierung vorgestellt. Entsprechend den Verlautbarungen des Thüringer Sozialministeriums werden wegen des niedrigen Lohnniveaus in Thüringen und gebrochener Erwerbsbiographien in der Nach-Wende-Zeit niedrige Renteneinkommen für künftige Senioren generationen prägender sein als für heutige. Altersarmut werde damit zu einem zentralen seniorenpolitischen Thema. Der vorliegende Bericht habe eine umfassende statistische Sozialerhebung in acht Regionen Thüringens zur Grundlage. Folgende seniorenpolitische Aktionsfelder wurden beleuchtet:

- Altersgerechtes Wohnen und Mobilität,
- Gesundheit, Pflege und Hospizarbeit,
- Arbeitsmarkt und finanzielle Sicherheit,
- Information und Beratung,
- Gesellschaftliches Engagement und Ehrenamt,
- Bildung und Sport

Insgesamt bat man 6.000 Seniorinnen und Senioren schriftlich, Fragen zu ihrer aktuellen Situation, zu ihren Wünschen bzw. Einstellungen zu verschiedenen Themen zu beantworten. Unter anderem standen dabei alternative Wohnformen für Seniorinnen und Senioren zur Diskussion. In Thüringen existieren demnach vielfältige Wohnmöglichkeiten für Senioren/innen. In den letzten Jahren sei ein Anstieg an neue und bisher noch nicht etablierte Wohnformen zu beobachten. Daten zu diesen Wohnformen lägen jedoch nur wenige vor. Bei Pflege- und/oder Betreuungsbedarf gebe es eine Reihe an Möglichkeiten für Senioren. Zu den klassischen Wohnangeboten zählen die stationären Pflegeeinrichtungen. Neue Wohnformen seien beispielsweise ambulant betreute Wohnformen und gemeinschaftliche Wohnformen. Zu letzteren gehören unter anderem Wohngemeinschaften.

Entsprechend dem Thüringer Wohnungsmarktbericht sei bei Wohngemeinschaften für Ältere nach ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Wohngemeinschaften mit Freunden oder Gleichgesinnten zu unterscheiden. Ambulant betreute Wohngemeinschaften stellen eine Alternative zur stationären Pflege dar. Diese Personen benötigten Pflege- bzw. Unterstützungsleistungen, die jedoch nicht im häuslichen Umfeld erbracht werden könnten. Solche ambulant betreuten Wohngemeinschaften sind vorzugsweise in größeren Städten und eher vereinzelt zu finden bzw. zu entwickeln.

Bei der gemeinschaftlichen Wohnform handele es sich in der Regel um ein gemeinsames Haus, in dem die Bewohner jeweils über eine eigene Wohnung verfügen. Die räumliche Nähe ermögliche ein Miteinander. Leben jüngere und ältere Menschen in einem Haus, wird dies als Mehrgenerationenwohnen bezeichnet. In einigen Regionen Thüringens zeigten sich Ansätze zur Entwicklung von Mehrgenerationennachbarschaften. Die Wohnungsgesellschaften bzw. Wohnungsgenossenschaften werden zum Teil aktiv, Wohnangebote mit wohnortnahen Dienstleistungen und professionellen Hilfen bei Pflegebedürftigkeit zu entwickeln.

(nach Veröffentlichungen des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit)